

gingen sowie unpräzise Vorstellungen vom kapitalistischen Wachstum bzw. vom Kapitalismus hätten. Zudem würden die internationale Dimension und die Wirkung des Weltmarktes kaum betont und die Frage der ökologischen Grenzen müsste expliziter diskutiert werden.

Der Jenaer Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologe **Klaus Dörre** geht von der These aus, dass sich der Kapitalismus in einer ökonomischen und ökologischen Strukturkrise befindet. Wahrscheinlich sei ein langsames Absterben des Kapitalismus, das aber nicht von allein erfolgen werde. Vielmehr müssten kapitalismuskritische Bewegungen nachhelfen, um ihn bewusst zugunsten einer besseren Ordnung zu überwinden.

Ausführlich stellt Klaus Dörre die von ihm auch schon bei anderen Gelegenheiten entwickelte Kategorie der Landnahme vor. Diese sei zentral, um den Kapitalismus als expansives System zu analysieren. Dörre grenzt sich von einer engen Landnahmedefinition ab, die sich primär auf die Okkupation von Boden, physischem Land und Ressourcen sowie auf spezifische Praktiken des Agrobusiness (z. B. „Land Grabbing“) beziehe. Nach seiner Begriffsverwendung kann jeder kapitalistische Wachstumsschub, der auf eine Kommodifizierung bzw. Ökonomisierung bislang nicht den Marktkräften unterworfenen Bereiche abzielt, als Landnahme interpretiert werden. Diese Expansion sei eine zwangsläufige Folge der Kapitalüberschuss-Absorptionsproblematik, d. h. überschüssiges Kapital könne nicht mehr profitabel in marktförmige Sektoren investiert werden und dränge daher in bisher überwiegend marktfreie Bereiche wie z. B. Kultur, Bildung und Gesundheitswesen. Diese Entwicklung führe regelmäßig zu Krisen, welche aber nicht zwangsläufig systemgefährdend seien. Jede Krise sei einmalig und lasse sich weder aus einer abstrakten Kapitallogik noch aus einem universellen Steigerungsimperativ moderner Gesellschaften extrapolieren.

Klaus Dörre schlägt vier Kernprojekte vor, welche die zerstörerische Kraft kapitalistischer Landnahme durch andere demokratische Koordinationsmechanismen ersetzen können: 1. Überwindung des immer noch hegemonialen Geistes eines expansiven Wachstums- und Wett-

bewerbskapitalismus, 2. Überwindung von Ausbeutung durch Schaffung neuer gesellschaftlicher Eigentumsformen, 3. Neue Wirtschaftdemokratie und 4. Forderung des Teilens und Umverteilens, u. a. auch durch steuerpolitische Maßnahmen.

Der kontinentaleuropäische Kapitalismus lässt sich nach Dörre in einigen Jahrzehnten überwinden. Wie eine Postwachstumsgesellschaft aussehen wird, das sei allerdings nicht vorhersehbar. Die Perspektive für eine demokratische und sozialistische Postwachstumsgesellschaft sei zurzeit nicht berauschend.

Auch **Friederike Habermann**, Autorin und Aktivistin, betont, dass die von Menschen gemachte Geschichte jederzeit veränderbar sei, eine andere Welt werde aber nicht morgen oder übermorgen möglich sein. Die Revolution an einem Tag werde es nicht geben. Mit dem Begriff „Ecommoney“, so auch der Titel ihres neuesten Buches (2016), plädiert sie für einen ökonomischen Ansatz, der nicht auf Konkurrenz aufbaut, und auch nicht auf Tausch, wie die Autorin wiederholt betont. Vielmehr gehe dieser Ansatz „statt von im Kapitalismus herrschenden strukturellen Hass von struktureller Gemeinschaftlichkeit“ (S. 115) aus. Die Prinzipien des Ecommoney-Ansatzes werden von Habermann anhand folgender Stichworte umrissen: „Besitz statt Eigentum“, „Teile, was du kannst“, „Beitragen statt Tauschen“, „Freiwilligkeit/Freie Kooperation/Offenheit“ sowie „Statt Profit: care“.

Der Herausgeber **Aaron Tauss**, der Internationale Politik an der Nationaluniversität Kolumbien lehrt, und die Politikwissenschaftlerin **Tamara Ehs** verweisen in ihrem Beitrag „Das Ende des Kapitalismus denken?“ zunächst darauf, dass trotz mehrdimensionaler Gesellschaftskrisen nur wenige Alternativen zum Kapitalismus diskutiert würden. Die antikapitalistische Linke müsse, so Tauss und Ehs, eine radikale sozio-ökologische, feministische und demokratisch fundierte Neuorientierung aller Produktions-, Distributions- und Konsumformen fordern. Dieser Wechsel müsse verbunden sein mit einer Reduzierung des Ressourcen- und Energieverbrauchs, einem Übergang zu einer

Kreislaufwirtschaft und einer Verringerung des materiellen Konsums. Mit Verweis auf Marx stellen die Autoren fest, dass es nicht möglich sei, gesellschaftliche Alternativen dogmatisch zu antizipieren. Eine ähnliche Auffassung habe auch Rosa Luxemburg vertreten, wie das folgende Zitat zeige: „Das Negative, den Abbau kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive nicht“ (S. 173).

Die Autorinnen und Autoren des allen PolitiklehrerInnen zu empfehlenden Buches „Sozial-ökologische Transformationen“ stimmen darin überein, dass das Ende des Kapitalismus nicht in naher Zukunft zu erwarten ist, dass die Transformation nicht abrupt erfolgen wird und dass die Bedingungen für die angesichts der vielfältigen aktuellen Krisen notwendige Transformation gegenwärtig gleichwohl ungünstig sind. Wichtiger Motor des Systemwandels seien die, teilweise ausführlich vorgestellten, sozialen und politischen Bewegungen und Initiativen, da sie Wege aufzeigen könnten, wie ein gutes Leben jenseits kapitalistischer Ausbeutung aussehen könnte. Kritisiert wird jedoch die Fragmentierung dieser Bewegungen, die deren Einfluss verringere. Wie nach der Überwindung des „Reichs der Notwendigkeiten“ das „Reich der Freiheit“ (Marx) aussehen kann, wird, ebenso wie bei Marx, nur kurz skizziert oder auch nur angedeutet. Diese fehlende Präzisierung einer Zukunftsvision wird allerdings nicht als Mangel angesehen, sondern als Ausdruck und Konsequenz eines demokratischen Ansatzes, der auf die Initiative und Phantasie von progressiven Teilen der Gesellschaft setzt, die keineswegs mit dem von Marx als revolutionäre Avantgarde beschriebenen Proletariat übereinstimmen.

**Karl Georg Zinn (2015):  
Vom Kapitalismus ohne  
Wachstum zur Marktwirtschaft  
ohne Kapitalismus  
Hamburg: VSA Verlag, ISBN 978-3-  
89965-651-0, 158 Seiten, 16,80 €**

Im zweiten der hier vorgestellten Bücher zur Transformation des Kapitalismus verweist Karl-Georg Zinn zunächst auf den seit etwa drei Jahrzehnten in den westlichen Volkswirtschaften feststell-

baren kontinuierlichen Rückgang der Wirtschaftswachstumsraten. Seit einigen Jahren gelte dies auch für die Schwellenländer. Der Autor, emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, sieht hierin kein vorübergehendes Phänomen, sondern für ihn ist diese Entwicklung ein aus den Entwicklungsgesetzen des Kapitalismus zwangsläufig ableitbares Ergebnis. Nach ihm ist die Erwartung, dass die früheren Wachstumsraten wieder erreicht werden können, „eine anachronistische Realitätswahrnehmung“ (S. 36). Daher geht es ihm darum, „positivistisch darzulegen, wie ein Kapitalismus ohne Wachstum funktionieren könnte“ (S. 86).

Am Anfang des Industriekapitalismus überstieg nach Karl Georg Zinn der Anteil der Nettoinvestitionen an den Bruttoinvestitionen sehr deutlich die Ersatzinvestitionen, womit automatisch Kapazitätserweiterungen und Rationalisierungsprozesse verbunden waren. Diese Vermehrung des Sachkapitals habe im Laufe des sich immer stärker entwickelnden Industriekapitalismus den Akkumulationsprozess vorangetrieben. Durch das hiermit verbundene Produktionswachstum sei es zu einem Einkommenswachstum und damit auch zu einer veränderten Konsumnachfrage gekommen. Während die Nachfrage nach Dienstleistungen stark angestiegen sei, habe es gleichzeitig einen relativen Rückgang der Nachfrage nach Nahrungsmitteln gegeben, da in einzelnen Marktsegmenten erste Sättigungsgrenzen erreicht wurden.

Der hierdurch ausgelöste Strukturwandel hat aber nach Auffassung des Verfassers nicht zu einer adäquaten Verlagerung von Arbeitsplätzen vom Agrar- und Industrie- in den Dienstleistungssektor geführt. Hierfür führt Zinn zwei Gründe an: 1. Anders als von Jean Fourastié in seiner Drei-Sektoren-Hypothese angenommen, seien auch viele Arbeitsplätze im tertiären Sektor durch den technischen Fortschritt wegrationalisiert worden. Und 2. würde die Erwerbsarbeit in zahlreichen Branchen des tendenziell weiterhin expandierenden Dienstleistungssektors schlecht bezahlt, wodurch die gesamtwirtschaftliche

Nachfrage sinkt. „Die ‚industriepolitische‘ Vernachlässigung des Dienstleistungssektors hat den paradoxen Effekt, Nachfrage und somit Produktion von Industriegütern zu bremsen: Schlecht bezahlte ‚Dienstleister‘ kaufen eher weniger Industriegüter als gut bezahlte“ (S. 59).

Diese Entwicklung führte nach Zinn zu tendenziell sinkenden privaten Investitionen, die wachsende Kapitalüberschüsse erzeugten. Dem ständen auf der anderen Seite sinkende Lohneinkommen gegenüber, was zu der vom Autor vehement kritisierten zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung geführt habe.

Die hier nur knapp skizzierte Entwicklung vom dynamischen Wachstumskapitalismus zur gegenwärtigen Wachstumsschwäche wird nach Zinn nur von wenigen Ökonomen erkannt. Überwiegend werde die andauernde Stagnation als vorübergehende Wachstumskrise angesehen, weshalb Ökonomen und Politiker auch mit veralteten Vorstellungen und Konzepten wie Sozialabbau, Ausbeutung der Natur sowie wachsende Verschuldung die aktuelle Krise nur verlängerten. Auch der vermeintliche Versuch über eine extrem expansive Geldpolitik das Wachstum zu stimulieren, verdeutliche den, auch von Klaus Dörre als Krisenursache betonten, Kapitalüberschuss und die unter den gegebenen Bedingungen nicht ausreichenden Investitionsanreize. Karl Georg Zinn plädiert dafür, dass das noch verantwortbare Wirtschaftswachstum auf die für die Menschheit lebenswichtigen Aufgaben wie Armutsbekämpfung, Beendigung der Naturzerstörungen, Friedenssicherung und globale Rechtsstaatlichkeit begrenzt werden sollte.

Als Gewährsmänner seiner These, dass Wachstum nicht unbegrenzt fortgesetzt werden kann, führt der Autor die Wirtschaftsklassiker David Ricardo, John Maynard Keynes und Joseph A. Schumpeter an. Vor allem Keynes, dessen Rezeption häufig nur auf seine Aussagen zur antizyklischen Wirtschaftspolitik reduziert werde, habe den langfristigen Akkumulationsprozess extrapoliert. Seine Stagnationsprognose habe Keynes mit der sinkenden Kapitalrentabilität



begründet. Vor allem mit Bezug auf Joseph A. Schumpeter, dessen Sozialismusprognose zu Unrecht weitgehend in Vergessenheit geraten sei, entwickelt Zinn seine Vorstellung einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ (vergleiche Untertitel).

Der Verfasser ist sich bewusst, dass seine Vision auf breite Kritik stoßen wird. Gleichwohl hält er die von ihm dargelegte ökonomische Entwicklung hin zu einer wachstumslosen Gesellschaft für unabdingbar. Die alternative Vorstellung eines „Grünen Wachstums“ lehnt er ab, da diese Vision verschiedene und teils unvereinbare Handlungskonzepte enthalte.

Nach Zinn stellt die „Transformation eines nachindustriellen Kapitalismus in ein nicht-kapitalistisches System, das mit privatwirtschaftlichen Bereichen erheblichen Umfangs verträglich ist, [...] jedenfalls eine Zukunftsoption dar“ (S. 114). Das wirtschaftspolitische Programm in dieser neuen Phase könne sich an den von Keynes für den Stagnationszustand entwickelten Aufgaben orientieren: gleichmäßige Einkommensverteilung, höherer Staatsanteil zugunsten öffentlicher Angebote, Arbeitszeitverkürzung sowie gesamtwirtschaftliche Investitionslenkung.

Die Chancen für eine Umsetzung seiner Systemvorstellung, welche Planung und Markt verbindet und in einer

Marktwirtschaft ohne Kapitalismus und Wachstum enden soll, sind nach Zinn angesichts der seit 2008/09 anhaltenden Wirtschaftskrise besonders günstig. Denn die große Mehrheit der Wählerinnen und Wähler setze sich zu Recht für eine marktwirtschaftliche Ordnung ein. „Um mehrheitsfähig zu werden, müsste (eine Alternative zum Kapitalismus, L. H.) die Vorzüge einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit einem von der Dominanz privatkapitalistischer Macht befreiten sozialökonomischen System vereinen“ (S. 140).

Die Vorzüge des lesenswerten Buches von Karl-Georg Zinn liegen in der theoretisch klaren und anspruchsvollen ökonomischen Analyse, wonach die gegenwärtige weltweite Stagnation kein vorübergehender „Betriebsunfall“ ist, sondern eine irreversible Entwicklung markiert. Neue Einsichten und neue Erkenntnisse können die Leserinnen und Leser zudem aus den von Zinn überzeugend aufgezeigten Anschlussmöglichkeiten zwischen seiner Sichtweise zur aktuellen Wirtschaftslage und den Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung

der Klassiker Ricardo, Keynes und Schumpeter ziehen. Die Frage, ob eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, und das heißt z. B. ohne machtvolle Banken und Konzerne, ohne Ausbeutung und ohne Umweltzerstörung, möglich ist, wird allerdings auch in Zukunft, nicht nur in linken Parteien, Organisationen und Bewegungen, zu heftigen und kontroversen Diskussionen führen — trotz vieler Argumente des Autors für eine Transformation des krisenhaften kapitalistischen Wirtschaftssystems in eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus.

Ludwig Heuwinkel, Bielefeld

## Es war alles ganz anders: Politikunterricht in der Weimarer Republik

Ein Lesebericht

**Matthias Busch (2016): Staatsbürgerkunde in der Weimarer Republik — Genese einer demokratischen Fachdidaktik**

Bad Heilbrunn: Klinkhardt, ISBN 978-3-7815-2069-1, 522 Seiten, 59,00 €

Vorweg: Der Berichtstatter war selbst Doktorand (Leps 2006) bei Tilman Grammes, dem „Doktorvater“ des Autors der vorzustellenden Dissertation. So ganz unparteiisch ist dieser Bericht also vermutlich nicht.

Dissertationen gehören normalerweise nicht zu den Texten, die zum Lesen animieren. Das liegt an der Form dieser Textgattung. Matthias Busch, selbst erfahrener Lehrer und Schulentwickler und inzwischen an der Universität Trier als Professor für die Didaktik der Gesellschaftswissenschaften für die Ausbildung in Geschichtsdidaktik und Politikdidaktik zuständig<sup>1</sup>, erhielt für diese Dissertation den Ursula-Buch-Förderpreis der didaktischen Fachgesellschaft GPJE für eine herausragende Leistung<sup>2</sup>.

Was macht diese Arbeit von Matthias Busch so besonders? Man kann sie allen Lehrerinnen und Lehrern zur Lektüre empfehlen, die nicht nur ihre Unter-

richtsarbeit machen wollen, sondern auch Theorie des Politikunterrichts und bisher unbekannter Praxis kennenlernen wollen, damit sie nicht nur mit Routine, sondern mit Reflexion auf diese Routine unterrichten können (Unterscheidung bei Reinhardt 2012, S. 11).

Ich kann und will dieses Buch nicht als Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Fachdidaktik, sondern als Leseerlebnis vorstellen. Der Schwerpunkt liegt bei den berichteten Unterrichtsbeispielen. Dabei frage ich danach, was dort von den Entwicklungen der westdeutschen Politikdidaktik, insbesondere der „didaktischen Wende“ (Gagel 1981, S. 33) der 1950er und 1960er Jahre, vorweggenommen wurde. M. Busch überlässt diese Aufgabe vernünftigerweise dem Leser, denn eine wissenschaftliche Untersuchung und Darstellung dieser Frage hätte den Rahmen dieser Dissertation gesprengt.

Alle, die eine Ausbildung für den Politikunterricht gemacht haben, haben gehört, dass der Unterricht in der Weimarer Republik bestenfalls dröge Institutionenkunde war, den Staat wie



zu Kaisers Zeiten weiter verehrend, also kein Vorbild für die Herausbildung der modernen politischen Bildung der demokratischen Bundesrepublik Deutschland.

Wer jedoch dieses Buch gelesen hat, kommt zu einem anderen Schluss: Die (westdeutsche) Fachdidaktik Politik — unter der auch die spezifischen Didaktiken der anderen Sozialwissenschaften einschließlich Recht mitverstanden sein sollen — hat, ohne dass sie es wusste, den Weg ihres Vorgängers in der Weimarer Republik wiederholt und nacherfunden. Die demokratischen Lehrerinnen und Lehrer der Weimarer Republik hatten für die politische Bildung schon ein Instrumentarium bereitgelegt, das nach 1945 hätte wieder aufgenommen werden können. Wenn man es denn gekannt hätte!

Die Dissertation legt nahe, dass es vor allem zwei Gründe waren, die dazu führten, dass dieser Vorlauf nach dem

1 M. Busch hat eine stattliche Publikationsliste: [www.uni-trier.de/index.php?id=62597](http://www.uni-trier.de/index.php?id=62597).

2 <http://gpje.de/foerderpreis/>